

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 4. Mai 1929

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Über die wirtschaftliche und politische Lage

Die Thesen des Reichsausschusses der Union enthalten in der Frage der Taktik eine wesentliche Änderung gegenüber der früheren Stellungnahme der Union zu den Wirtschaftskämpfen. In der letzten Reichskonferenz wurde es als die Aufgabe der Union hingestellt, die wirtschaftlichen Kämpfe in politische Kämpfe umzuwandeln. Die Union hätte also erst bei bestehenden Wirtschaftskämpfen einzugreifen, um ihnen eine bestimmte Richtung zu geben.

Der Blutmai 1929 und seine Lehren

Wer sich ein Bild über die Verwahrlosung der sozialdemokratischen Presse machen will, der tut gut, sich den Lokalanzeiger der Vorkriegszeit vorzunehmen. Den Lokalanzeiger, nicht die sogenannte „Linkspress“, denn die trat z. T. — natürlich aus Demagogie — gegen den preußischen Militärstaat auf und mied die militärische Sprache in politischer Hinsicht. Die Union hätte also erst bei bestehenden Wirtschaftskämpfen einzugreifen, um ihnen eine bestimmte Richtung zu geben.

In den allerletzten Tagen sind einzelne Verhaftungen unserer Genossen in Leningrad und Moskau vorgekommen. Es gehen hartnäckige Gerüchte darüber, daß der Stalinische Plan, die Industriezentren von den „Trotzkisten“ zu säubern, in die Tat umgesetzt werden soll. Unsere Lage ist aber so, daß es Stalin wohl kaum zelingen wird.

Erhöhte Ausbeutung und Lohnkürzung — in Rußland
Daß die „freien“ Arbeiter denen im „Isolator“ nicht viel voraus haben, bestätigt die gleiche gut unterrichtete Quelle: Der „Trud“, das Gewerkschaftsorgan vom 3. April, schreibt:

In einer Reihe von Trusts und Betrieben fordern die Wirtschaftsorgane die Gewerkschaften auf, in den Ergänzungsabkommen über Verfahren und Termine der Überprüfung der Leistungen und Tarifsätze auch die Summe der Ersparnisse festzulegen, die durch die Revision der Leistungssätze erzielt werden sollen, und die Überprüfung der Leistungssätze auf der Grundlage einer mechanischen Kürzung der Tarifsätze vorzunehmen. Arbeit soll im „Umlageverfahren“ erledigt werden; die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen setzen die Beträge fest, die insgesamt an den Arbeitssolonen „eingespart“ werden sollen, und diese Beträge werden dann auf die einzelnen Trusts umgelegt; die Trusts wieder legen die auf sie entfallende Ersparnissumme auf die einzelnen Betriebe um. Die Durchführung dieser Vorschläge in den Betrieben würde dazu führen, daß z. B. im Moskauer Konfektionstrust die Durchführung der Anweisungen des Trusts die Kürzung des Arbeitsvertrages um 50 Rubel und die Lohnkürzung um 20 Prozent haben würde; in den Backwarenfabriken des Moskauer Lebensmitteltrusts würde der Arbeitslohn pro Arbeiter und Monat im Durchschnitt um 20 Rubel und für einzelne Arbeitergruppen sogar um 40 bis 50 Rubel, d. h. um mehr als 30 v. H. sinken usw.

Aber nicht genug damit; einige Wirtschaftsorgane erklären diese Kombinationen bei ihrer Aufstellung nur für „vorläufige“; der Trust für Feinmechanik z. B. hat die Durchführung einer schematischen Lohnkürzung vom 15. März ab angeordnet; von diesem Termin ab soll die Überprüfung der technischen Leistungsform in Angriff genommen werden, damit also eine doppelte Beschneidung der Löhne durchgesetzt werden kann.

Und an anderer Stelle sagt derselbe „Trud“ über die Herabsetzung der Löhne bei gleichzeitiger „erhöhter Arbeitsleistung“:

Nehmen wir einige Fabriken des „Moskoschweiz“; die Fabriken I, II, IV, V, VI und XIV. Hier sind die neuen Leistungs- und Lohnsätze so eingeführt worden; fast ohne sich um die Regelung der technischen Leistung zu kümmern, hat die Betriebsleitung den Lohnsatz bestimmt, indem sie einfach die Akkordzuschläge von 80 auf 60, von 70 auf 40 bis 45 v. H. herabdrückte. Ebenso wurde in den Backwarenfabriken des Moskauer Lebensmitteltrusts der Lohnfonds schematisch um 50 Rubel gekürzt. Das gleiche ist in einer Anzahl weiterer Betriebe zu verzeichnen. Kurzum, die Wirtschaftsorgane machen das, was vom Zentralrat der Gewerkschaften bereits wiederholt als unzulässig gekennzeichnet wurde.

Schröpft Staat und Kapitalismus die Arbeiter von der einen Seite, so die „Arbeiter-Organ“ von der anderen. Der „Trud“ (Nr. 6) teilt mit:

„In einzelnen Bezirken sind Vorkommnisse festgestellt worden, die ein eindeutiges Betrug kennzeichnen. Da der Lebensindex auf der Preisbasis bestimmter Warenarten errechnet wird, sind die Preise dieser Warenarten unverändert geblieben, während dafür fast alle anderen Preise herabgesetzt worden sind. Auf diese Weise bringt der Lebensindexindex in diese Bezirke die tatsächliche Preisbewegung nicht mehr zum Ausdruck, weil die Genossenschaften in der unverschämtesten Weise die Statistik und die proletarische Öffentlichkeit täuschen.“

Das, wohlverstanden, ist offiziell stalinistisch. Was mag unterdrückt werden, wie mag die Wirklichkeit aussetzen? Es ist verständlich, daß die von den Rußlanddelegationen kommunisten in das „Vaterland der Arbeiter“ hineingelassen werden.

Die Brokrate in Rußland.
In Rußland ist die Brokrate eingeführt worden. Wie die „Rote Fahne“ denen, die nicht alle werden, „eine Maßnahme, die ein eindeutiges Betrug kennzeichnet.“

Wie furchtlich mag die Not dort sein — in der früheren Kornkammer Europas — wenn die Hungerrationalisierung lebhaft begründet wird! Auf diese Weise bringt der Lebensindexindex in diese Bezirke die tatsächliche Preisbewegung nicht mehr zum Ausdruck, weil die Genossenschaften in der unverschämtesten Weise die Statistik und die proletarische Öffentlichkeit täuschen.“

Deserteure werden ausgeliefert.
Warschau, Polnische Soldaten, die den Dienst unter der Krone Plüschstadt saßen, besitzen oft die Gelegenheit einer Abkommandierung oder auch des Dienstes an der polnisch-russischen Grenze, um zu desertieren.

Bis vor kurzem fanden die desertierten Proleten in Rußland ein Asyl. Stalin aber braucht jetzt Plüschstädter Freunde, da kann er die polnischen Proleten entbehren. Es sind darum die russischen Grenzbehörden angewiesen, zukünftig jeden Deserteur aus der polnischen Armee an die polnischen Grenzbehörden auszuliefern. Laut dem sog. Völkerrecht liefern sich nicht einmal die alten kapitalistischen Staaten gegenseitig die Deserteure aus.

Mjasnikow geloben, Rußland verlangt von Persien seine Auslieferung.
Durch den Genossen Korsch wird uns folgende Zusage übermittelt:

Genosse Gabriel Mjasnikow ist es vor einiger Zeit gegliedert, über die russische Grenze nach Persien zu gelangen. Er wurde aber dort festgenommen und befindet sich jetzt in Polizeihaft in Teheran. Die Sowjetregierung verlangt die Auslieferung dieses politischen Flüchtling. Mjasnikow, der schon in den jahrzehntelangen Kämpfen gegen die zaristische Tyrannei in den ersten Reihen stand und seit dem Jahre 1903 der bolschewistischen Partei als Mitglied angehörte, trat 1907 in Opposition gegen die kapitalistische Wendung in der russischen Regierungspolitik (Nep) und verlor die Durchführung der proletarischen Diktatur in der Form der proletarischen Demokratie. Von ihm und seinem Freunde Kuznetsov z. w. stammt das im Jahre 1923 auch in deutscher Sprache erschienene „Manifest der Arbeitergruppe der Russischen Kommunistischen Partei“. Lenin hat sich mit den Ansichten dieser Gruppe seiner Zeit in sachlicher Weise auseinandergesetzt. Ende 1923 befand sich Mjasnikow in Deutschland, wohin er, wie heute Trotzki nach der Türkei, zwangsweise verschifft worden war. Als er aber auch im deutschen Proletariat für seine Ansichten zu werben begann, da schloßen ihm der sowjetrussische Botschafter, Krestinski und der Vorsitzende der Komintern, Sinowiew, vor, nach Rußland zurückzu-

kehren und sicherten ihm ehrenwürdig freies Geleit zu. In Moskau wurde er aber sogleich gefangen gesetzt und bald darauf ins Gefängnis nach Tomsk (Sibirien) überführt. Mjasnikow trat in den Hungerstreik mit dem Verlangen, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Nach 10 Tagen Hungerstreik wurde er zweimal der zwangsweisen Ernährung unterworfen, am 13. Tage ins Irrenhaus gesperrt und später wieder in das Gefängnis zurückgebracht. Man suchte durch diese Foltern von ihm einen Widerruf seiner Anschauung zu erpressen, doch er widerrief nicht. Nach vielen Monaten Einzelhaft wurde ihm mitgeteilt, daß er auf Grund irgendeines Paragraphen des russischen Strafgesetzbuches wegen angeblicher „sozialistischer Handlungen“ zu einer Strafe von drei Jahren Einzelhaft verurteilt worden wäre. Auch seine Frau und seine drei Kinder wurden administrativ verbannt.

Selbst und auch noch nach Ablauf der drei Jahre fehlten alle Nachrichten von ihm, so daß seine deutschen Freunde das Schlimmste fürchteten und in einem öffentlichen Flugblatt die Frage stellten: „Lebt Mjasnikow und seine Genossen noch?“ Darauf erklärte am 3. 6. 1927 der Kommunist Jaroslawski in der „Inprekorr“, daß Mjasnikow nicht tot sei, sondern „in einer der Finanzinstitutionen des Kaukasus (Erivan) arbeite“. Die Freiheit, deren sich Mjasnikow in dieser Arbeit erfreute, ermöglichte es ihm immerhin nicht, irgendeine Nachricht nach Europa gelangen zu lassen. Diese Freiheit war immerhin der Art, daß er sie jetzt bei der ersten Gelegenheit, die sich ihm geboten hat, heimlich im Stich ließ und ihr das Emigrantenjassen in Persien und selbst das Polizeigefängnis in Teheran vorzog. Nun bemühn sich die sowjetrussische Diplomatie, seine Auslieferung zu erreichen, um ihn durch diesen selbst dem bürgerlichen Völkerrecht kraft zurücklaufenden Zwangsakt wieder in das gelobte Land der Freiheit zurückzuführen. Auch die mit Rußland verbündete deutsche Regierung unterstützt diese Auslieferung zu erreichen, um ihn durch diesen selbst dem bürgerlichen Völkerrecht kraft zurücklaufenden Zwangsakt wieder in das gelobte Land der Freiheit zurückzuführen. Auch die mit Rußland verbündete deutsche Regierung unterstützt diese Auslieferung zu erreichen, um ihn durch diesen selbst dem bürgerlichen Völkerrecht kraft zurücklaufenden Zwangsakt wieder in das gelobte Land der Freiheit zurückzuführen.

Aber nicht genug damit; einige Wirtschaftsorgane erklären diese Kombinationen bei ihrer Aufstellung nur für „vorläufige“; der Trust für Feinmechanik z. B. hat die Durchführung einer schematischen Lohnkürzung vom 15. März ab angeordnet; von diesem Termin ab soll die Überprüfung der technischen Leistungsform in Angriff genommen werden, damit also eine doppelte Beschneidung der Löhne durchgesetzt werden kann.

Und an anderer Stelle sagt derselbe „Trud“ über die Herabsetzung der Löhne bei gleichzeitiger „erhöhter Arbeitsleistung“:

Nehmen wir einige Fabriken des „Moskoschweiz“; die Fabriken I, II, IV, V, VI und XIV. Hier sind die neuen Leistungs- und Lohnsätze so eingeführt worden; fast ohne sich um die Regelung der technischen Leistung zu kümmern, hat die Betriebsleitung den Lohnsatz bestimmt, indem sie einfach die Akkordzuschläge von 80 auf 60, von 70 auf 40 bis 45 v. H. herabdrückte. Ebenso wurde in den Backwarenfabriken des Moskauer Lebensmitteltrusts der Lohnfonds schematisch um 50 Rubel gekürzt. Das gleiche ist in einer Anzahl weiterer Betriebe zu verzeichnen. Kurzum, die Wirtschaftsorgane machen das, was vom Zentralrat der Gewerkschaften bereits wiederholt als unzulässig gekennzeichnet wurde.

Schröpft Staat und Kapitalismus die Arbeiter von der einen Seite, so die „Arbeiter-Organ“ von der anderen. Der „Trud“ (Nr. 6) teilt mit:

„In einzelnen Bezirken sind Vorkommnisse festgestellt worden, die ein eindeutiges Betrug kennzeichnen. Da der Lebensindex auf der Preisbasis bestimmter Warenarten errechnet wird, sind die Preise dieser Warenarten unverändert geblieben, während dafür fast alle anderen Preise herabgesetzt worden sind. Auf diese Weise bringt der Lebensindexindex in diese Bezirke die tatsächliche Preisbewegung nicht mehr zum Ausdruck, weil die Genossenschaften in der unverschämtesten Weise die Statistik und die proletarische Öffentlichkeit täuschen.“

Das, wohlverstanden, ist offiziell stalinistisch. Was mag unterdrückt werden, wie mag die Wirklichkeit aussetzen? Es ist verständlich, daß die von den Rußlanddelegationen kommunisten in das „Vaterland der Arbeiter“ hineingelassen werden.

Die Brokrate in Rußland.
In Rußland ist die Brokrate eingeführt worden. Wie die „Rote Fahne“ denen, die nicht alle werden, „eine Maßnahme, die ein eindeutiges Betrug kennzeichnet.“

Wie furchtlich mag die Not dort sein — in der früheren Kornkammer Europas — wenn die Hungerrationalisierung lebhaft begründet wird! Auf diese Weise bringt der Lebensindexindex in diese Bezirke die tatsächliche Preisbewegung nicht mehr zum Ausdruck, weil die Genossenschaften in der unverschämtesten Weise die Statistik und die proletarische Öffentlichkeit täuschen.“

Das, wohlverstanden, ist offiziell stalinistisch. Was mag unterdrückt werden, wie mag die Wirklichkeit aussetzen? Es ist verständlich, daß die von den Rußlanddelegationen kommunisten in das „Vaterland der Arbeiter“ hineingelassen werden.

Deserteure werden ausgeliefert.
Warschau, Polnische Soldaten, die den Dienst unter der Krone Plüschstadt saßen, besitzen oft die Gelegenheit einer Abkommandierung oder auch des Dienstes an der polnisch-russischen Grenze, um zu desertieren.

Bis vor kurzem fanden die desertierten Proleten in Rußland ein Asyl. Stalin aber braucht jetzt Plüschstädter Freunde, da kann er die polnischen Proleten entbehren. Es sind darum die russischen Grenzbehörden angewiesen, zukünftig jeden Deserteur aus der polnischen Armee an die polnischen Grenzbehörden auszuliefern. Laut dem sog. Völkerrecht liefern sich nicht einmal die alten kapitalistischen Staaten gegenseitig die Deserteure aus.

Mjasnikow geloben, Rußland verlangt von Persien seine Auslieferung.
Durch den Genossen Korsch wird uns folgende Zusage übermittelt:

Genosse Gabriel Mjasnikow ist es vor einiger Zeit gegliedert, über die russische Grenze nach Persien zu gelangen. Er wurde aber dort festgenommen und befindet sich jetzt in Polizeihaft in Teheran. Die Sowjetregierung verlangt die Auslieferung dieses politischen Flüchtling. Mjasnikow, der schon in den jahrzehntelangen Kämpfen gegen die zaristische Tyrannei in den ersten Reihen stand und seit dem Jahre 1903 der bolschewistischen Partei als Mitglied angehörte, trat 1907 in Opposition gegen die kapitalistische Wendung in der russischen Regierungspolitik (Nep) und verlor die Durchführung der proletarischen Diktatur in der Form der proletarischen Demokratie. Von ihm und seinem Freunde Kuznetsov z. w. stammt das im Jahre 1923 auch in deutscher Sprache erschienene „Manifest der Arbeitergruppe der Russischen Kommunistischen Partei“. Lenin hat sich mit den Ansichten dieser Gruppe seiner Zeit in sachlicher Weise auseinandergesetzt. Ende 1923 befand sich Mjasnikow in Deutschland, wohin er, wie heute Trotzki nach der Türkei, zwangsweise verschifft worden war. Als er aber auch im deutschen Proletariat für seine Ansichten zu werben begann, da schloßen ihm der sowjetrussische Botschafter, Krestinski und der Vorsitzende der Komintern, Sinowiew, vor, nach Rußland zurückzu-

kehren und sicherten ihm ehrenwürdig freies Geleit zu. In Moskau wurde er aber sogleich gefangen gesetzt und bald darauf ins Gefängnis nach Tomsk (Sibirien) überführt. Mjasnikow trat in den Hungerstreik mit dem Verlangen, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Nach 10 Tagen Hungerstreik wurde er zweimal der zwangsweisen Ernährung unterworfen, am 13. Tage ins Irrenhaus gesperrt und später wieder in das Gefängnis zurückgebracht. Man suchte durch diese Foltern von ihm einen Widerruf seiner Anschauung zu erpressen, doch er widerrief nicht. Nach vielen Monaten Einzelhaft wurde ihm mitgeteilt, daß er auf Grund irgendeines Paragraphen des russischen Strafgesetzbuches wegen angeblicher „sozialistischer Handlungen“ zu einer Strafe von drei Jahren Einzelhaft verurteilt worden wäre. Auch seine Frau und seine drei Kinder wurden administrativ verbannt.

Selbst und auch noch nach Ablauf der drei Jahre fehlten alle Nachrichten von ihm, so daß seine deutschen Freunde das Schlimmste fürchteten und in einem öffentlichen Flugblatt die Frage stellten: „Lebt Mjasnikow und seine Genossen noch?“ Darauf erklärte am 3. 6. 1927 der Kommunist Jaroslawski in der „Inprekorr“, daß Mjasnikow nicht tot sei, sondern „in einer der Finanzinstitutionen des Kaukasus (Erivan) arbeite“. Die Freiheit, deren sich Mjasnikow in dieser Arbeit erfreute, ermöglichte es ihm immerhin nicht, irgendeine Nachricht nach Europa gelangen zu lassen. Diese Freiheit war immerhin der Art, daß er sie jetzt bei der ersten Gelegenheit, die sich ihm geboten hat, heimlich im Stich ließ und ihr das Emigrantenjassen in Persien und selbst das Polizeigefängnis in Teheran vorzog. Nun bemühn sich die sowjetrussische Diplomatie, seine Auslieferung zu erreichen, um ihn durch diesen selbst dem bürgerlichen Völkerrecht kraft zurücklaufenden Zwangsakt wieder in das gelobte Land der Freiheit zurückzuführen. Auch die mit Rußland verbündete deutsche Regierung unterstützt diese Auslieferung zu erreichen, um ihn durch diesen selbst dem bürgerlichen Völkerrecht kraft zurücklaufenden Zwangsakt wieder in das gelobte Land der Freiheit zurückzuführen.

Maschinenbau-Anstalten errichteten Fabriken wurden 1913 850 000 Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1926 waren es nur noch 400 000, und im Jahre der Anheilkonjunktur 1927 wenig mehr, nämlich 470 000 Arbeiter beschäftigt. Demgegenüber wurde 1927 etwa 25 Prozen mehr als 1913 produziert.

An Hand der von den Metallindustriellen selbst festgestellten Zahlen ergeben sich folgende Leistungen je Arbeiter der Maschinenindustrie:

Im Jahre	In Tonnen	In Mark
1913	—	5000
1924	3,37	4200
1926	4,24	5230
1926	4,54	5600
1927	6,12	**7450

Erstes Quartal 1927. — ** Schätzung.
Die wichtigste Entwicklungsform des kapitalistischen Weltsystems in der Nachkriegszeit ist die Verunstung und Monopolisierung. Nicht als ob diese Form erst jetzt entstanden wäre. Schon vor dem Kriege gab es Konzerne und Syndikate, die sowohl die Konzentrierung der Produktion wie des Verkaufes festlegten und ebenso auch bestimmte Abkommen über Preise trafen. Diese Konzentration mit ihren Tendenzen ist jetzt zur vollen Reife gekommen. Gewaltige Monopolverträge sind entstanden und drücken mit ihrer Machtstellung der Wirtschaft den Stempel auf. Nicht nur gewaltige Unternehmerorganisationen innerhalb der Grenzen der Länder haben sich entwickelt, sondern auch Riesenkonzern von internationalen Charakter. Die heutige Form der Wirtschaft kann man darum als den Monopolkapitalismus bezeichnen. Die Wirtschaftspraxis erwachsen mit den Staatsorganen und geben den politischen Ton an. Der alte Mittelstand ist zertrümmert und proletarisiert. Die ganze Fülle der Macht ruht in den Händen weniger Menschen.

Trotz dieser grandiosen Entfaltung ist das kapitalistische Weltsystem erschöpft, und zwar gerade durch die Kräfte, die es selbst gezeugt hat.
Die Profitformel hat durch die Rationalisierung der Produktivkräfte gesteuert und die Produktmenge vergrößert. Dadurch ist der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung vertieft worden. Um die Akkumulation zu erreichen, müssen die Waren sich zuerst wieder in Geldkapital verwandeln. Wenn auch für den Einzelkapitalisten aller Luxus und selbst jede Narretei eine Verkaufsmöglichkeit bietet, so liegen die Verhältnisse für die Gesamtheit der Kapitalisten anders. Der Kreislauf der Waren und die Akkumulation bedürfen eines zentralen nicht kapitalistischen Marktes. Die Schwierigkeiten solcher Erschließungen führen zu dauernden Erschütterungen und politischen Zusammenstößen.

Die Steigerung der Produktion vollzieht sich aber auch gleichzeitig eine Verarmung der beschäftigten Arbeiter. Senkt man schon jede Erweiterung der Produktion, so bedeutet eine absolute Verringerung der beschäftigten Arbeiter eine absolute Verringerung des variablen (d. h. des beweglichen) Kapitals. Die sinkende Profitrate ist zugleich der Stachel, der zu immer weiteren Vergrößerungen der Produktion treibt. Immer mehr Proletarier werden aus dem Produktionsprozeß geschleudert und bilden ein Element der Rebellion. Der Monopolkapitalismus hat die Massenarbeitlosigkeit zur Normalbedingung des Systems gemacht.

Die Rationalisierung einzelner Unternehmungen ebnet Goldminen in ihre Tressoren, so ist das Millionenheer der Ausbeuteten nicht nur leerer, sondern seine Lage hat sich gegen früher verschlechtert. Der Monopolkapitalismus hat die Gegensätze nicht nur nicht abschwächen können, sondern noch mehr vertieft. Nur über dem Wege des verschärften Klassenkampfes mit neuen Mitteln und Methoden kann der Gegensatz beseitigt werden.

Bücher-Ecke
Baugartner: Der deutsche Bauernkrieg, Halbi. 4,50 Mk.
Borchardt: Weltkapital und Weltpolitik, Kart. 4,50
Conrad: Die Geschichte der Revolutionen, 2 Bände, Halbi. 10,—
Engels: L. Feuerbach und der Ausgang der Klassischen Philosophie, Leinen 2,50
Gorter: Offener Brief an den Gen. Lenin, Brosch. 0,50
Gorter: Der historische Materialismus, Brosch. 1,—
Lenin: Die materialistische Geschichtsauffassung, 2 Bände 35,—
Lenin: Staat und Revolution, Brosch. 1,20
Liebknecht: Reden und Aufsätze, Gebundene 4,50
Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis, Kart. 2,80
Leinen 2,80
Marx: Der 18. Brumaire des L. Bonaparte, Leinen 3,—
Liebknecht: Reden und Aufsätze, Leinen 3,—
Rühler: Sexual-Analyse, Kart. 3,50 Mk., Leinen 5,—
Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus, Leinen 3,—

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Organisatorische Mitteilungen
München.
Bezirk Süd: Jeden Samstag; Diskussionsabend (in der Augustiner-Klasse, Badenstr. 66. Jugend jeden Mittwoch dortselbst).

Bezirk Nord: Jeden Freitag im „Weißen Hahn“, Hirten-, Ecke Seidlstraße.
Kassenrevision.
Am Donnerstag, den 2. Mai, an bekannter Stelle.

Achtung! „KAZ“-Leser Achtung!
Genossen, welche ihre Zeitung durch ihren Bezirk nicht erhalten, werden ersucht, ihre Adresse der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13, schriftlich zu überweisen.
Die Expedition der „KAZ“.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: W. H. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Der Bestelltzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13, zu senden.

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Die Thesen des Reichsausschusses der Union enthalten in der Frage der Taktik eine wesentliche Änderung gegenüber der früheren Stellungnahme der Union zu den Wirtschaftskämpfen. In der letzten Reichskonferenz wurde es als die Aufgabe der Union hingestellt, die wirtschaftlichen Kämpfe in politische Kämpfe umzuwandeln. Die Union hätte also erst bei bestehenden Wirtschaftskämpfen einzugreifen, um ihnen eine bestimmte Richtung zu geben.

Die neuen Thesen geben einen Schritt weiter rückwärts, indem sie den Angriffspunkt auf die Entfesselung von Wirtschaftskämpfen verlegen. Damit stellen sie der Union die Aufgabe, aktiv in der Entfesselung von Lohnkämpfen vorzugehen. Praktisch ist dieser Schritt die Folge der vollkommen defensiven Haltung der Gewerkschaften in der Lohnfrage, verbunden mit der Erkenntnis, daß der Streik im Zeitalter der Schlichtungsmaschine nicht mehr zu den gewerkschaftlichen Mitteln gehört.

Die Frage ist nur, ob die Entfesselung von Lohnkämpfen unbedingt zu einer revolutionären Aktion führen muß. Die Tatsache allein, daß sie gegen den Willen der Gewerkschaften durchgeführt werden, macht die Streiks noch nicht revolutionär. In der Minute aber, in der die AAU, derartige Lohnkämpfe entfesseln will, muß sie auch die von den Gewerkschaften bisher ausgeübten gewerkschaftlichen Funktionen übernehmen. Dies begreift auch die Redaktion des Kampfrufs in ihrem Kommentar zu den Thesen zu Nr. 6. Das Gegenwärtige, daß die AAU-Lösungen, die der Auslösung proletarischer Klassenkämpfe dienen, unter die Massen werfen muß, unterscheidet sich in keiner Beziehung von reformistischen Teilforderungen. Deshalb war ja mit Recht in den früheren Thesen die Kampfsatzstellung erst für die bereits bestehenden Lohnkämpfe festzustellen.

Anders liegt der Fall, wenn die Propaganda sich gegen die Ausbeutung durch das Kapital richtet und von vornherein der Weg in der Richtung gezeigt wird, daß eine Beseitigung der Ausbeutung nur durch den politischen Kampf erzielt werden kann. Durch die Taktik der Entfesselung der Wirtschaftskämpfe wird die Möglichkeit der Bildung revolutionärer Aktionsausschüsse einfach sabotiert. Was aber in diesem Zusammenhang der Ausdruck „rückständige“ Entfesselung von Wirtschaftskämpfen zu bedeuten ist, ist vollkommen unverständlich. Auf wen oder auf was soll dem keine Rücksicht genommen werden. Bedeutet dieser Ausdruck, daß ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation des Kapitals, also auch in den für die Führung von Wirtschaftskämpfen ungünstigen Perioden ein Kampf entfesselt werden soll, so würde dieser Schachzug ohne weiteres zu einer eklatanten Niederlage der Arbeiterschaft führen.

Der Streik als Klassenkampfmittel angewendet, kann ebenso wie eine revolutionäre Aktion nicht gemacht bzw. auf Befehl durchgeführt werden. Es müssen die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für diese Aktion vorliegen, sonst landet man im glattesten Putschismus. Genau so gut könnte man einfach einen bestimmten Tag festlegen, an dem der bewaffnete Aufstand zu erfolgen hat und auf diese Weise eine Revolution auf Bestellung liefern. Die Loslösung des Proletariats von den Gewerkschaften kann sich nicht in der Weise vollziehen, daß die Union oder auf ihre Veranlassung von der Belegschaft gebildete Aktionsausschüsse die gewerkschaftlichen Aufgaben übernehmen. Es ist glatter Unsinn, von den Unionisten zu verlangen, in solche Kampfporgänge einzutreten, weil jeder selbständige Schritt des Proletariats gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung revolutionärer Massenkampfe ist.

Mit derselben Begründung könnte man auch die Zellen-taktik der KPD rechtfertigen. Nur der Kampf gegen die Gewerkschaften unter revolutionären Parolen ist ein Fortschritt, aber nicht jede Revolte gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Unsere Aufgabe ist nicht die Ausschaltung der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die ideologische Überwindung der von der Gewerkschaftsbürokratie vertretenen Wirtschafts-demokratie, verbunden mit der Erkenntnis, daß lediglich der-revolutionäre Klassenkampf mit dem unmittelbaren Ziel des Sturzes der Bourgeoisie eine Lösung im Sinne des Proletariats darstellt. Die Apollit des Proletariats gegenüber der Offensive des Kapitals kann nicht dadurch überwunden werden, daß die Union

versperrt und korrupt sind, daß man lediglich vor der Welt steht, sie zu beneideten, oder ihnen ins Gesicht zu spucken.

Aber wie bei jeder Aktion, taucht auch hier wieder die Frage auf, mit welchen Waffen, mit welchen Organisationen soll das Proletariat kämpfen? Wollen wir zur Illustration dieser Frage eine Meldung der „Roten Fahne“ vom zweiten Mai 1929 hierhersetzen:

„SPD und ADGB veranstalteten in Cöpenick am 10. Uhr vormittags eine Kundgebung im Stadthaus.“

Die Einlaßbegehrenden mußten den Polizisten, denen sich einige reformistische Gewerkschaftsfunktionäre zugesellten, ihre Gewerkschaftsbücher zur Kontrolle vorweisen.

Oppositionelle wurden, obwohl und auch wenn sie sich als Gewerkschaftsmitglieder legitimiert hatten, brutal gehindert, an der Kundgebung teilzunehmen. Eine ganze Reihe von Mitgliedern der SPD und des Reichsbanners äußerten laut ihre Mißstimmung gegen das Demonstrationsverbot, und besonders solche, die die Gummiknüppelattacken der Polizei mitrichtig hatten, meinten, daß sie es nun satt hätten, weiter Mitglieder dieser Organisationen zu bleiben.“

Wir sehen davon ab, welcher Geschmack dazu gehört, darauf zu dringen, zu einer solchen Feier zugelassen zu werden; welcher Geschmack dazu gehört, sich darüber zu entrüsten, abgewiesen zu werden. Eine solche „Opposition“ kann doch wohl nur als Opposition gegen das elementarste proletarische Ehrgefühl sein. Wir stellen jedoch die Frage: Sind jene Proletarier, die — laut „Rote Fahne“ — es nun satt haben, weiter Mitglieder dieser Organisationen zu sein, immer noch Konterrévolutionäre und Deserteure? Bis heute hat die KPD, alle jene Proletarier, die nichts mehr von den faschistischen Gewerkschaften gemein haben wollten, als Konterrévolutionäre gebrahmarkt.

Bis heute hat die KPD, den Proletariern, die klar erkannt haben, daß ihr Kampf nicht mehr mit den Gewerkschaften geführt werden kann, den rücksichtslosesten Krieg erklärt, sie als „Agenten Chamberlains“ beschimpft. Sie hat dem Proletariat ihren Weg gewiesen, wie sie durch die eigene Aktion Breusche schlagen können in die Drahtverhaue dieser Demokratie. Deswegen ist ihr Geschrei von einem „Massenstreik“ nur Bluff. Die KPD: „vergibt“, daß jede Aktion, jeder Massenstreik in der Gesamtrichtung des Kampfes der Arbeiterklasse liegen muß, und daß das Proletariat vor der Frage steht: „Es muß sich die Organisation des Klassenkampfes schaffen, die für die Aktion notwendig ist, und muß die Gewerkschaften, die diesem Kampf des Proletariats im Wege stehen, zertrümmern. Die KPD hat ihre guten Gründe, dieser Frage aus dem Wege zu gehen. Sie weiß, daß das zum Klassenbewußtsein sich durchringende Proletariat nicht auf halbem Wege stehen bleiben würde, kein billiges Kanonenfutter für „Wahl-schlächen“ mehr wäre, sondern sehr rasch begreifen würde, daß die gesamte parlamentarische Taktik ein Brennstoff für die ideologische Verhärenung des Proletariats ist. Das will die KPD, verhängen, und deswegen ist ihr großes Geschrei nur der alte Versuch, die eigene Prinzipienlosigkeit zu verdecken.

Die Arbeiter jedoch haben keinen Grund, auf die Interessen einer Bürokratie Rücksicht zu nehmen. Für sie muß gerade der Blutmai 1929 eine Mahnung sein, endlich Schluß zu machen mit einer Politik, die sich trotz aller Opfer in einer ausweglosen Sackgasse wälzt. Die Arbeiter müssen endlich dazu übergehen, sich selbst zu finden, selbst in den Betrieben ihre Betriebsorganisationen aufbauen und diese zum Rückgrad der organisierten Klassenfront machen. Dann wird das revolutionäre Proletariat auch klar sehen, wer dieisseits und wer jenseits der Barrikaden steht.

die Aufgaben der Gewerkschaften übernimmt und ihre historische Aufgabe verrät. Die AAU, darf nicht Geburtsstiller der reformistischen Bewegung werden und damit die reformistischen Illusionen wachhalten. Wenn auch Rosa Luxemburg

